

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands

Zum VIII. ordentlichen Verbandstag in Hamburg

Am 28. Juni tritt unser Verbandstag nach fünfjähriger Pause in Hamburg zusammen, um Rückblick zu halten über die Arbeiten im Verbandsrat in sehr bewegter Zeit und Maßnahmen zu treffen für die Zukunft. Wer hätte wohl nach der Tagung in Frankfurt a. M. auch nur entfernt geahnt, welcher wirtschaftlichen Epoche die Arbeiterschaft entgegengetrieben wird, welche Anforderungen im Wirbel der sich überschlagenden Ereignisse an die Organisationen der Arbeiter gestellt werden und was für Standkraft und schwere Arbeit von der Arbeiterklasse aufzubringen war, sich nicht nur der Ungunst der Zeit zu erwehren, sondern sich auch im erbittert geführten Kampf der Unternehmer gegen die Gewerkschaften zu behaupten. Wir haben diese fünf Jahre gut überstanden, sind siegreich geblieben und stehen fest und stärker da als auf der Tagung in Frankfurt a. M.

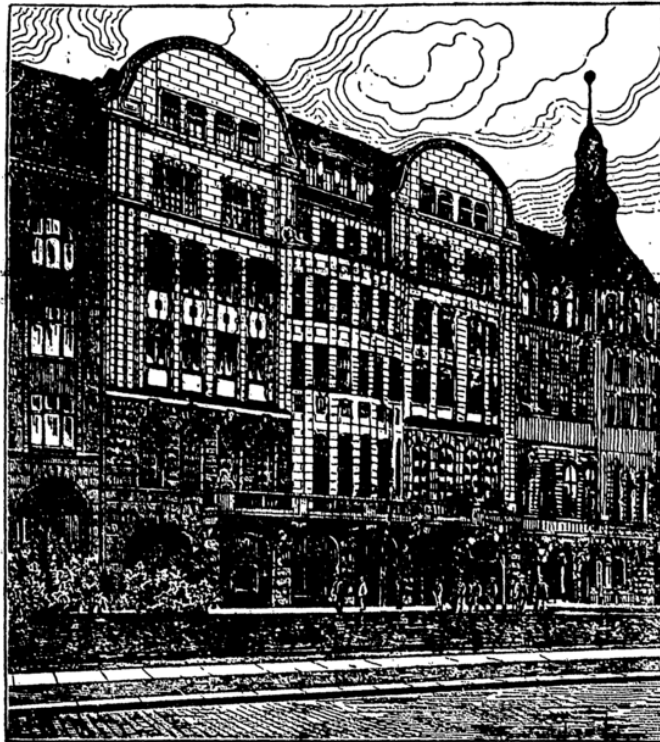
Das ist, in zwei Sätzen gesagt, die Sachlage, die unsere Delegierten auf der Verbandsgeneralversammlung in Hamburg vorfinden, die sie zu beurteilen und auszuwerten haben und von denen ausgehend neue, gute Wege zu weisen sind. Keineswegs liegt die Zukunft rosig vor uns, es heißt, sich für alle Fälle vorbereiten, schwere Gefahren drohen dem Verband, die er nur unter kundiger und besonnener Leitung und mit gut ausgerüsteten und geschulten Kämpfern überwinden wird, ohne Schaden zu nehmen. Eine schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit haben die Delegierten in einer Woche zu erledigen. Da heißt es, den richtigen Blick für neue und oft kaum erwartete Aufgaben haben und die notwendige Entschlußkraft aufbringen, um so das Vertrauen der Verbandsglieder zu rechtfertigen.

Die Arbeit der Teilnehmer am Verbandstag darf nicht ausschließlich auf Lagefragen eingegrenzt sein, nicht nur das Heute muß uns beschäftigen, auch für den morgigen Tag hat der Verbandstag zu sorgen. Wenn die vergangenen Jahre eine gute Lehre gewesen sind, wird wissen, wie für kommende Ereignisse vorgearbeitet werden kann. Frei muß sich jeder machen können von dem örtlichen Geschehen, das ihn täglich umgibt. Sein Ort und sein Gau ist nicht allein der Verband. Dem Großen Ganzen muß jeder dienen und sich daher bemühen, über seinen täglichen Gesichtskreis hinauszublicken. Gewiß ist von keinem Menschen zu verlangen, daß er plötzlich seine eigenen häuslichen Verhältnisse vergißt, aber trachten soll er danach, sie in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen der Allgemeinheit. Erst unvoreingenommene Prüfung der Vorschläge und Anträge befähigt zu einem unbefangenen Urteil, die vorgefasste Meinung, das soll und muß so sein, trübt den klaren Blick für Tatsachen. Im heißen Bemühen, das Richtige zu finden, im eifrigen Wollen, allen zu dienen, liegt der volle Erfolg der Arbeit.

Scharfe Meinungskämpfe sind oft auf unseren Tagungen geführt worden, ohne daß es jemandem geschadet hat. Niemand wird sich darüber kränken, daß ein Kollege nicht seiner Ansicht ist, er soll ihn, wenn er kann, überzeugen. Ein mit sachlicher Schärfe geführter Meinungskampf regt an und belebt die Geister. Hier und da wendet wohl einer ein unbedachtes Wort an, er wird sich eben auf eine entsprechende Antwort gefaßt machen müssen. Nur wird jeder ehrlich bestrebt sein müssen, in seinem Reden und Tun objektiv zu bleiben. Wenn jeder daran denkt, daß die Aussprache in herzlicher kollegialer Art geführt werden muß — und das ist doch selbstverständlich —, wird die Arbeit des Verbandstages gut vonstatten gehen.

In Hamburg liegt den Delegierten ein Berg von Arbeit vor, den sie abtragen sollen, ohne einer Mitgliedschaft wehe zu tun. Sie sollen gründlich auf-

räumen in verhältnismäßig kurzer Zeit und doch nichts überhastet. Die Mitglieder verlangen von ihren Beauftragten viel, ja mehr, als sie beim besten Willen zu leisten in der Lage sind. In der Beschränkung liegt bekanntlich der Meister, nicht nur beim Reden, erst recht beim Wünschen, Wollen und Verlangen. Manches wird auf eine Art seine Erledigung finden, die den Antragstellern nicht gefällt, sie werden vielleicht darüber ungehalten sein. Schuld haben daran bestimmt nicht die Delegierten, sie haben ihr Bestes einzusetzen und tun das auch, werden sich gedeihlicher Arbeit gar nicht entziehen können; werden Hoffnungen zu Wasser und Erwartungen enttäuscht, so liegt das eben daran, daß überhaupt oder zurzeit unerfüllbare Wünsche aufgestellt worden sind. Auch ein Verbandstag kann nicht mehr tun, als er verantworten kann. Gerade die höchste Instanz des Verbandes muß wohl überlegt handeln und wissen, ob die Beschlüsse durchführbar sind, da sie für geraume Zeit Gesetz für alle Mitglieder werden.



Gewerkschaftshaus in Hamburg

gedient; schöne Worte auch auf dem Verbandstag füllen keinen hungrigen Magen. Wer etwas weiß, wie es besser gemacht werden kann, soll es unumwunden aussprechen, dabei aber nicht die Wirklichkeit aus dem Auge verlieren. Schlagwortreden werden auf Leute, die überlegt handeln und die realen Dinge scharf beurteilen können, keinen oder einen abstoßenden Eindruck machen.

Der Hamburger Verbandstag tagt an historischer Stätte für die Arbeiterschaft. Unsere Hamburger Kollegen und Kolleginnen können auf eine 35jährige fruchtbare Tätigkeit für das organisierte Hilfspersonal zurückblicken. Die Delegierten werden sich im Kreise kampferprobter und unerschrockener Arbeitsgenossen befinden, die ihr Ziel fest im Auge haltend ruhig und ohne Hast aber unaufhaltsam verfolgen. Die Hamburger Gewerkschaftsmitglieder bilden den festen Kern der freiorganisierten Arbeiterschaft, der niemals zu erschüttern war, sie bieten den Sendboten unseres Verbandes ein herzliches Willkommen. Sollte die frische Luft der weltberühmten Seestadt, das besonnene und gerade Wesen der Hamburger Kollegenschaft und der alte geschichtliche Boden einer prächtigen Arbeiterbewegung nicht auch einwirken auf unsere Verhandlungen für das Wohl und Wehe Zehntausender? Nehmen wir recht viel an von dem Geiste, der uns dort umwehen wird, und unsere Arbeit muß zum Besten der Allgemeinheit gedeihen.

Unsere Hamburger Zahlstelle



Das Parlament unseres Verbandes tritt am 28. Juni dieses Jahres in Hamburg zusammen, in der großen und schönen Welt- und Seestadt. Weinahe klingt das, als wenn ich über die Stadt Hamburg hier etwas sagen will, doch das will ich lieber einem anderen überlassen.

Die jetzige Zahlstelle Hamburg ist für unseren Verband historisch genug, so daß, wenn vom Verbande gesprochen wird, die Zahlstelle Hamburg dabei nicht vergessen werden kann. War doch die Hamburger Kollegenschaft schon einige Jahre in einem Verein verbunden, als es zur Gründung unseres Verbandes kam. Doch lassen wir die Geschichte selbst reden:

Am 4. April 1890 fand sich ein kleiner Kreis von Kollegen in der Wohnung unseres jetzt verstorbenen Kollegen Louis Treeshs zusammen, um die Vorarbeiten zur Gründung des Vereins vorzunehmen. Darauf hat 14 Tage später die eigentliche Gründungsverammlung stattgefunden. Circa 80 Kollegen und einige Kolleginnen sollen an dieser Versammlung teilgenommen haben. Der Verein war gegründet und nannte sich Verein der im Graphischen Gewerbe Beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

In der Gründungsverammlung hatte die Kollegenschaft auch gleich ein lustiges Erlebnis. Der verstorbene Redakteur des „Hamburger Echo“, Gustav Stengele, der sich für die Organisation unserer Kollegenschaft besonders interessierte, wollte in der Versammlung reden. Der zur Ueberwachung der Versammlung anwesende Polizeibeamte verweigerte jedoch dem Genossen Stengele das Reden, weil er ja kein Mitglied des Vereins sei. Stengele trat dann dem Verein noch bei, doch nützte ihm das nichts mehr, denn reden sollte Stengele nun auch noch nicht. Inzwischen war aber in der Streitfrage mit dem Beamten das meiste schon gesagt worden.

Der § 1 des später ausgearbeiteten Statuts des Vereins sagte über seinen Zweck:

Der Zweck des Vereins ist Hebung der sittlichen und materiellen Lage seiner Mitglieder. Dieser Zweck wird erstrebt:

- a) durch Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen (§ 152 der Gewerbeordnung),
- b) durch festes Zusammenhalten, würdige Pflege der Kollegialität in allen Lagen und Gefahren des Berufs.

Was die Kollegenschaft hier in dem letzten Absatz sich zur Richtschnur gemacht hat, das hat sie in aller Zeit redlich gehalten. Das Eintrittsgeld betrug für männliche Mitglieder 60 Pf. und für weibliche 30 Pfennig. Der wöchentliche Beitrag belief sich für die Kollegen auf 15 und für die Kolleginnen auf 10 Pf. Unser Verein hatte zuerst schwer kämpfen müssen.

Die Begeisterung bei der Gründung ließ bald nach, als der graue Alttag praktische Arbeit verlangte. Vorkämpfer und Kassierer wechselten fast bei jeder Versammlung. Im zweiten Jahr wurde eine Kollegin in die Leitung berufen. Sie war geistig recht reger, hatte aber auch nicht die Kraft, unser Schiff zu steuern. Als Fachblatt wurde die „Union“ zum Teil unter die Kollegenschaft verteilt, doch hat das Blatt in Hamburg wenig angesprochen.

Willkommen

Nun leuchtet auf, ihr Flammen, und hell und festlich brennt!
 Zum Kate tritt zusammen nun unser Parlament.
 Ein brüderlich Vertrauen, es schickte euch herein;
 Drum, Boten aller Gauen, ihr sollt willkommen sein!

Ihr seid die Köpfe, Herzen, von Tausenden der Mund;
 Ihr Wollen, ihre Schmerzen, ihr gebt sie fordernd kund.
 Von Tausenden die Meinung eint sich zu einem Fluß;
 Das Wort ist die Erscheinung, die Tat gebären muß!

Ihr alle, die erschienen zum wägenden Konzil,
 Ihr wollt der Arbeit dienen und ihrem großen Ziel.
 Wenn eure Worte freies und heiß wird Mund um Mund,
 Wollt ihr nur eins: wie Eisen soll werden unser Bund!

In brausenden Akkorden nimm, Kampfsruf, deinen Flug!
 Wohl sind wir groß geworden, doch noch nicht groß genug!

Einst wird die Zeit es wenden und unsre Zuversicht;
 Wir tragen in den Händen der neuen Menschheit Licht! —

Willkommen denn, willkommen, ihr Boten junger Zeit,
 Die ihr den Ruf vernommen und froh gekommen seid!
 Viel tausend Augen sehen auf euch im Frohvertrauen.
 Die Fundamente stehen, Auf! Laßt und weiterbau'n.

E. P.

Gerade war der Verein ein Jahr alt, da brach der große Buchdruckerstreik aus. Die Kollegenschaft wurde in Mitleidenschaft gezogen, weil sie zum Teil mit in den Streik trat oder zur Entlassung kam. Jetzt hieß es zusammenhalten, der Kampf für den neun-tägigen Arbeitstag mußte gewonnen werden. Unterstützungen wurden beschlossen und kamen zur Auszahlung. Bedröge weibliche Mitglieder erhielten 10 Mk., ledige männliche 13 Mk. und verheiratete männliche 15 Mk. wöchentlich. Den Ausgang des Kampfes wissen wir. Als er beendet war, trat eine Flucht der

Mitglieder ein und unser Verein hatte seine schwerste Zeit zu bestehen.

Gedanken von einem Zusammenschluß der „Graphischen Vereine“ haben seinerzeit auch schon in unseren Köpfen gelebt, denn 1890/91 hat tatsächlich eine Art „Graphisches Kartell“ bestanden, das Vorarbeiten zu einem Zusammenschluß machen sollte. Eine gemeinsame Versammlung, die im Dezember 1890 stattfand, setzte eine Kommission ein. Diese Kommission nannte sich nachher „Graphisches Kartell“. Unser Berichterstatter sagte in einer Versammlung, daß unsere „großen Brüder“, die Gehilfen, sich der Sache nicht sehr geneigt gezeigt hätten. Zum „Industrieverband“ ist es also damals noch nicht gekommen.

Seit Gründung des Vereins bemühte sich die Kollegenschaft, einen Arbeitsnachweis aufzumachen, und sie brachte es auch tatsächlich mit der Zeit fertig. Die Kollegen wurden instruiert, jede ihnen bekannt werdende offene Stelle dem Nachweiser zu melden; das geschah. Waren nun arbeitslose Kollegen und Kolleginnen vorhanden, dann wurden diese zu den Prinzipalen geschickt. Mit der Zeit gewöhnten sich die Prinzipale daran, und als dann später durch Zirkulare die Prinzipale auf unseren Arbeitsnachweis hingewiesen wurden, hat man den Nachweis auch benutzt. Wir gewannen auch durch den Arbeitsnachweis mit der Zeit einen Einfluß auf unseren Lohn, und als das erst richtig bei der Prinzipalität erkannt wurde, ist von ihrer Seite ebenfalls ein Arbeitsnachweis errichtet worden. Dieser Arbeitsnachweis, sogenannter „Annungsnachweis“, ist erst 1918, kurz vor der Beendigung des Krieges, von der Bildfläche verschwunden. Heute liegt der Arbeitsnachweis für die Kollegenschaft ganz in unseren Händen.

Unser Verein vegetierte aber eigentlich immer nur. Es waren ruhige Jahre, die der kleine Verein durchmachte. Endlich regte es sich wieder, und der Gedanke der zentralen Verbindung kam auf. Auch hierbei hat unsere Kollegenschaft redlich geholfen.

In der Druckerei von Auer u. Co. wurde die „Neue Welt“, ein Wochenblatt, das den sozialdemokratischen Tageszeitungen beilag, gedruckt. Unsere Kollegen hatten diese Beilage auch zu expedieren, und da sie ganz richtig annahm, daß die Ballen und Pakete in den anderen Parteidruckereien ebenfalls von unseren Kollegen ausgepackt werden, legten sie Aufrufe in die Ballen und Pakete. Die Aufrufe hatten den Zweck, die Kollegen der anderen Städte zur Gründung einer Zentrale anzuregen. Wie weit diese Aufrufe zur Gründung unseres Verbandes beigetragen haben, ist wohl kaum zu übersehen. Auf jeden Fall liefen diese Aufrufe mit den Aufrufen der Berliner Kollegen und

Hamburg.

Die Freie und Hansestadt Hamburg führt ihren Ursprung zurück auf eine besetzte Siedlung auf einer Anhöhe zwischen Elbe und Alster, die Karl der Große im Jahre 808 zum Schutze gegen die Slawen errichtet hatte. Die Siedlung, die Hamaburg hieß, wurde der Ausgangspunkt der Bestrebungen, den Norden Europas für das Christentum zu gewinnen. Es wurde dort eine christliche Kirche gebaut und im Jahre 834 wurde der heilige Ansgar zum Erzbischof von Hamburg ernannt. Die Stadt wurde jahrhundertlang zu einem Streitobjekt zwischen Germanen und Slawen, sie wurde häufig zerstört, aber stets wiederaufgebaut. Während des Mittelalters dehnte Hamburg seinen Handel immer weiter aus. Häufig mußte es Krieg führen gegen Seeräuber, die seine Flotte bedrohten, im Jahre 1401 wurde der berühmte Seeräuber-Hauptling Klaus Störtebeker mit seinem Anhang gefangen genommen und hingerichtet, worauf ruhigere Zeiten eintraten. Schon vorher hatte es sich dem Hansabund angegeschlossen, der zahlreiche deutsche Städte umfaßte, die sich zu Schutz und Trutz verbunden hatten gegen die Räubereien der Ritter und die Bedrückungen durch die Fürsten. Die Stadt gehörte im Laufe der Zeit verschiedenen Fürsten, zuletzt dem Dänenkönig, wurde aber im Jahre 1510 von dem deutschen Kaiser Maximilian I. zur freien Reichsstadt erklärt, was sie auch allen Stürmen und Um-

wälzungen zum Trost bis heute geblieben ist. In der Franzosenzeit mußte sie schwere Schicksale durchmachen, sie wurde von den Franzosen erobert und dem französischen Reich einverleibt. Nach der Niederlage in Rußland verließen die Franzosen zunächst die Stadt, kehrten aber bald wieder zurück und richteten furchtbare Verheerungen an. Ungefähr 20 000 Menschen, die der ärmeren Bevölkerung angehörten, wurden im strengen Winter aus der Stadt vertrieben und kamen zum größten Teil durch Kälte und Hunger um. Sie liegen in einem Massengrabe auf dem Kirchhof zu Ottenjen begraben. Die Einwohnerzahl Hamburgs, die damals 100 000 betrug, war auf die Hälfte gesunken. Der große Brand vom Mai 1842, der in 75 Straßen 4220 Gebäude und 3 Kirchen zerstörte und 20 000 Menschen obdachlos machte, verursachte einen Schaden von 40 Millionen Mark. Unter der Mithilfe ganz Deutschlands wurde die Stadt wiederaufgebaut und nunmehr setzte ein ununterbrochener wirtschaftlicher Aufstieg ein.

Wenn auch die wirtschaftliche Bedeutung vorwiegend auf dem Handel und der Schifffahrt beruht, so spielen doch auch Industrie und Gewerbe eine bedeutende Rolle. An anderer Stelle ist die Stellung Hamburgs im Wirtschaftsleben eingehend behandelt, hier soll nur kurz darauf hingewiesen werden, daß Hamburg als Seehandelsstadt der bedeutendste Platz des europäischen Festlandes ist. Die immer weiter ausgedehnten und ausgebauten Hafenanlagen bilden eine Sehenswürdigkeit für Fremde, sie sind von Rkais umgeben, in die die ein-

kommenden und ausgehenden Waren mit Hilfe elektrischer Krane aus- und eingeladen werden. Hinter den Rkais liegen Eisenbahngleise, die den Landverkehr mit dem Seeverkehr verbinden. Die Stadt selbst ist von Fleeten durchzogen, die mittels Schleusen von der ausgemauerten Außenalster durch die Binnenalster hindurch die Verbindung mit der Elbe herstellen. Mittels großer und kleiner Rähne (Schuten) werden die Waren von der Elbe aus zu Wasser in die Lagerhäuser und Speicher transportiert.

Handel und Schifffahrt, Industrie und Gewerbe haben in Hamburg einen Wohlstand geschaffen, der besonders in den palastähnlichen Villen, die die Alster umrängen, zutage tritt. Daneben herrscht auch viel Armut und Elend als der Reflekt der Medaille, wovon das große Wohnungselend Zeugnis ablegt. Das Hamburger Gängerkartell war berichtigt, in dem Cholerajahr 1892 hat besonders dort der Würgeengel Tod die allermeisten Opfer gefordert. Allerdings herrscht das Bestreben, durch bessere Wohnungen die ärmere Bevölkerung gesund zu machen, aber dies Sanierungswerk ist noch immer nicht beendet. Manche der Gängeviertel sind bereits beseitigt und prachtvolle Kontorgebäude erheben sich dort, wo einstmal elende Höhlen von Schmutz starren. Auch das Siedlungswesen hat einen großen Umfang angenommen, Tausende von Menschen haben bereits ihr Heim außerhalb des Weichbildes der Stadt aufgeschlagen, was ihnen durch gute Verkehrsbedingungen erleichtert wird; Tausende von



Kolleginnen parallel. Als am 30. Mai 1898 die Delegierten der Kollegenschaft Deutschlands zusammentraten, waren auch wir Hamburger vertreten. Adolf Glarner und unser jetziger Kassierer Carl Kirchner nahmen an diesem Kongress teil. Wir haben aber nicht nur teilgenommen, sondern sind auch sofort dem Verbands beitreten und haben in ihm zum Wohle unserer Kollegenschaft gearbeitet.

Mit dem Augenblick der Gründung unseres Verbandes hatte unser Verein aufgehört zu existieren und die nunmehrige Zahlstelle Hamburg war entstanden. Mit der Erhebung der Zahlstelle sollte auch ein anderer Geist einziehen, so meinten wir, doch haben wir noch Jahre kämpfen müssen, um unsere Zahlstelle zu dem zu machen, was sie im Interesse unserer Kollegenschaft sein mußte. Unser Verein zählte in den Jahren vor Gründung der Zentrale höchstens bis zu 200 Mitglieder. Es kamen wohl Zeiten, in denen wir bis zu 300 Mitglieder hatten, doch kamen immer wieder harte Rückschläge. Auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben wir höchstens durch unsere Arbeitsnachweisart etwas Einfluß gehabt, aber sonst hatten wir nicht viel zu sagen. Mit der Gründung der Zentrale schließt auch die erste Periode unseres Organisationslebens ab.

Die zweite Periode rechne ich von der Gründung des Verbandes bis zum Jahre 1906. In diesen Jahren haben wir emsig für unsere Zahlstelle agitiert und auch Fortschritte gemacht. Auch Kämpfe sind

schon zu verzeichnen Einzelne Betriebe wurden erfolgreich befreit. Unsere Löhne hatten wir auf eine annehmbare Höhe gebracht. Durch unsere Rührigkeit nahm die Mitgliederzahl in den Jahren 1904 bis 1906 immer mehr zu. 1906 zählten wir fast 600 Mitglieder. Die Arbeit konnte ehrenamtlich nicht mehr bewältigt werden, wir mußten einen Kollegen anstellen. Hinzu kam dann, daß die Bewegungen für die Besserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einsetzten, die betanlich zu der zentralen Regelung, den „Allgemeinen Bestimmungen“ führte. Die Mitgliederzahl nahm ständig zu. Bei Kriegsanfang waren wir so weit, unsere Zahlstelle besonders auszubauen und eventuell einen zweiten Kollegen anzustellen, der sich besonders für unsere Hamburger Zahlstelle einsetzen sollte (inzwischen war Hamburg nun auch Gauvorort geworden). Da brach der unglückselige Krieg aus und warf auch uns in Hamburg zurück. Fast unsere ganzen männlichen Mitglieder wurden eingezogen. Die zurückbleibenden hatten schwer zu kämpfen, um die Zahlstelle aufrechtzuerhalten, aber es gelang. Als die Kollegen zurückkehrten, fanden sie in unserer Hamburger Zahlstelle einen sicheren Hort.

Mit dem Ende des Krieges schloß dann die dritte Periode für die Hamburger Zahlstelle. Nun setzte auf einmal eine rege Bewegung, ein Aufstiege ein, was viel Arbeit und große Kämpfe brachte, so daß eine Umstellung in der Agitation und Organisation der Zahlstelle vorgenommen werden mußte. Aber

über diese Zeit brauche ich nicht viel zu sagen, wir haben sie alle durchgemacht, in Hamburg oder wo anders. Nur eines möchte ich besonders betonen, die Hamburger Zahlstelle hat in diesen Jahren der Wildheit unerfütterlich fest und treu zum Verbands gestanden. Es liegt vielleicht in unserer Art als Norddeutsche, daß wir nicht so schnell zu anderen unsimmigen Meinungen neigen. Alle Versuche, die auch von außerhalb gemacht worden sind, die Hamburger Kollegenschaft zur Opposition zu bringen, sind an dem gesunden Geiste der Hamburger Kollegenschaft gescheitert.

Die Zeiten der Inflation haben auch uns zurückgebracht, doch heute sind wir auf dem besten Wege, alles wieder wettzumachen. Heute zählt Hamburg 1800 Mitglieder, hat sein eigenes Heim im Gewerkschaftshaus, seinen eigenen Arbeitsnachweis, der im letzten Jahre 1552 Fälle vermitteln konnte. Gefeßtigt steht heute die Hamburger Zahlstelle in der großen und schönen Gemeinschaft, die wir in unserem Verbands haben. Fünfunddreißig Jahre arbeitet und kämpft die Hamburger Kollegenschaft für ihre und für die Gesamtinteressen der Kollegenschaft. Ein Stück Geschichte der deutschen Kollegenschaft verpörrt die Hamburger Zahlstelle. Als Teil der Verbands arbeiten und kämpfen wir, und so wollen wir auch fernher unser Bestes für den Verbands geben. In diesem Sinne werden wir das Parlament unseres Verbandes in Hamburg begrüßen. J. L.

Hamburgs Arbeiterbewegung

Solange wir in Deutschland eine Arbeiterbewegung haben, hat Hamburg darin an erster Stelle gestanden. Schon in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als der Kommunismus, der Vorläufer des modernen Sozialismus, auf der Bildfläche erschien, fand er in Hamburg begeisterte Anhänger. Wilhelm Weitling, der Hauptrepräsentant der neuen Bewegung, weilte öfters in Hamburg und gab dort mehrere Agitationschriften heraus. Auch erschienen in Hamburg damals nacheinander einige kommunistische Wochenzeitungen, die aber bald wieder eingingen. In den 60er Jahren begann Ferdinand Lassalle seine Agitation, die sehr schnell in Hamburg an Boden gewann. Besonders war es der Haar Tuchweber Jakob Andorf, ein alter Freund und Gesinnungsgenosse Weitlings, der sich dem großen Agitator beigeschloß. Dieser Klassenbewußte Proletarier war bereits im Jahre 1848 Vertreter seiner Klassengenossen im hamburgischen Parlament und reiste im folgenden Jahre im

Auftrage seiner Kameraden nach London zu Karl Marx, um Verbindungen mit dem damaligen Kommunistenbunde anzuknüpfen. Sein Sohn, Jakob Andorf der Jüngere, ist der Dichter der sogenannten Arbeitermarxialis: „Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet . . .“

Lassalle hat Hamburg niemals besucht, aber seine Anhänger tiefen schon bei seinen Besuchen das erste sozialdemokratische Wochenblatt „Der Nordstern“ ins Leben. Nach Lassalles allzu frühem, tragischem Tode erstarb die Bewegung in Hamburg immer mehr. In der Zeit vom 22. bis 26. August 1868 hielt der von ihm gegründete „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ in Hamburg seine Generalversammlung ab, zu der auch der in London in der Verbannung lebende Karl Marx eingeladen worden war. Marx hätte kurz vorher in einem Hamburger Verlage sein groß angelegtes Werk „Das Kapital“ herausgegeben; er konnte der Einladung nicht Folge leisten, weil er befürchten mußte, der Polizei in die Hände zu fallen.

Die Generalversammlung beschäftigte sich eingehend mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, in einer Entschliesung forderte sie den 23. und den 24. und das Verböder der Sonntagsarbeit.

Die Hamburger Arbeiter jener Zeit waren in ihrer übergroßen Mehrheit Lassalleaner, doch gewann auch allmählich die sogenannte Eisenacher Richtung unter Bebel und Liebknecht starken Anhang. Ihre bedeutendsten Vorkämpfer waren der Buchhändler August Geib und der Tischlergeselle Theodor Vork, während bei den Lassalleanern besonders der Zigarrenmacher Otto Reimer agitierte, der bereits im Jahre 1874 den ländlichen Wahlkreis Plön-Seegeberg-Neustadt in Schlesien für die Sozialdemokratische Partei eroberte. Im folgenden Jahre wurde auf dem Kongress in Göttingen die Einigung zwischen beiden Richtungen hergestellt, bei welcher Gelegenheit Bebel Hamburg die sozialistische Hauptstadt Deutschlands nannte. In Hamburg war besonders Wilhelm Hasenclever für die Partei tätig, der bei der Wahl von 1877 bereits 26 000 Stimmen auf seine Person vereinigte. Im Jahre 1880 wurde der erste sozialdemokratische Abgeordnete in Hamburg gewählt, zehn Jahre später befanden sich alle drei Hamburger Wahlkreise im Besitz der Sozialdemokratie.

Das Sozialistengesetz schändlichen Angedenkens vernichtete mit einem Schlag alle Arbeiterorganisationen, räumte in der rückstichlosesten Weise mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit auf, es machte die Arbeiter völlig rechtlos und öffnete der Polizeiwilktür Tür und Tor. Ueber Hamburg wurde der Belagerungszustand verhängt, Tausende von Sozialdemokraten, meistens Familienväter, wurden aus Hamburg ausgewiesen und ins Elend gejagt. Aber die Hamburger Genossen verzagten nicht, sie gründeten Geheimorganisationen, verbreiteten in Hamburg aus den Büchern „Sozialdemokratie“ über ganz Deutschland und machten ununterbrochen und plannäßig Propaganda für die sozialistischen Gedanken. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes nahm die sozialdemokratische Bewegung in Hamburg einen erfreulichen Aufstiege. Alle drei Reichstagsmandate waren in ihren Händen, auch in das hamburgische Parlament entsandte sie ihre Vertreter. Vom Jahre 1871, als sich die Sozialdemokratie zum ersten Male an der Reichstagswahl beteiligte, hatte sie ihre Stimmengahl von rund 5000 auf über 100 000 gesteigert. Nach der Novemberrevolution fielen am

Schreibergärten rings um die Stadt verschaffen den Bewohnern Hamburgs Luft, Sonne und Freude.

In geistig-kultureller Beziehung stand Hamburg lange Zeit hinter anderen deutschen Städten zurück. Literatur und Kunst fanden dort nur schwer Boden, der eingeborene Hamburger war in seinem Sinnen und Trachten zu sehr auf das Materielle eingestellt. Deshalb konnte u. a. der große Dichter Lessing, der seine „Hamburgische Dramaturgie“ schrieb, dort nicht heimisch werden. Auch das von A. C. Hermann im Jahre 1767 gegründete „Deutsche Nationaltheater“, in dem hervorragende Kräfte tätig waren, mußte wegen Interessellosigkeit des Publikums schon nach kurzer Zeit wieder seine Pforten schließen. Neuerdings ist dies wesentlich besser geworden. Hamburg hat mehrere gute Theater, die Schauspiele und Opern darbieten, es hat auch die durch Licht und Wärme berühmte gewordenen Kunstgalerie, die wunderbare Werke enthält, es hat eine geräumige Musikhalle, in der besonders durch volkstümliche Konzerte allen Volksschichten Kunst geboten wird, es hat mehrere Museen (naturhistorisches, völkertundliches, gewerbliches usw.), in denen jedermann seine Kenntnisse bereichern kann. In dem wundervoll angelegten Stadipark bietet der Bevölkerung eine Stätte der Erholung der körperlichen Erleichterung. Neben den Anlagen am Millerntor, an den Landungsbrücken in St. Pauli, der Binnen- und Außenalster mit den niedlichen Dampfbooten weist auch die Umgebung Hamburgs, zumal das Alstertal bis zur Alsterquelle (Wellingsbüttel, Roppenbüttel,

Alsterdorf, Rodenbeker Quellental) und das Gebiet der sogenannten Walddörfer herrliche Schönheiten auf.

Das Hamburger Schulwesen verdient eine besondere Erwähnung. Die 1919 gegründete Hochschule mit den ihr verbundenen wissenschaftlichen Anstalten und die daran angegliederte Volkshochschule legen Zeugnis ab von dem ersten Streben nach Wissen und Bildung. Auch die Kunstpflege wird in Hamburg nicht vernachlässigt, die Kunstgewerbeschule am Verchenfeld ist ein Beispiel feinsinniger künstlerischer Wirkung. Besonders das hamburgische Volksschulwesen steht auf einer hohen Stufe. Schon äußerlich zeigen sich die neuerbauten Volksschulgebäude als Bauwerke, die künstlerische Schönheit mit praktischem Sinn vereinen. Der freilebige Geist, der im hamburgischen Volksschulwesen herrscht, der Geist des gesunden Fortschritts, der Entwicklungsgedante, der in ihm lebt, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.

Wertvoll wie kulturell kann sich Hamburg in der Welt sehr wohl sehen lassen. Seine Bevölkerung, die größtenteils aus Nicht-Hamburgern besteht, hat sich einerseits den alten niederländischen Volkscharakter gewahrt, wovon der Gebrauch der plattdeutschen Sprache Zeugnis ablegt, andererseits hat sie aber auch süd- und westdeutsche sowie ausländische Elemente in sich aufgenommen und in sich verarbeitet, so daß sie angeborne Derbheit mit weltmännischen Umgangsformen verbindet. Wer seinen Fuß nach Hamburg setzt, wird sich dort leicht wohlfühlen und einleben. J. L.

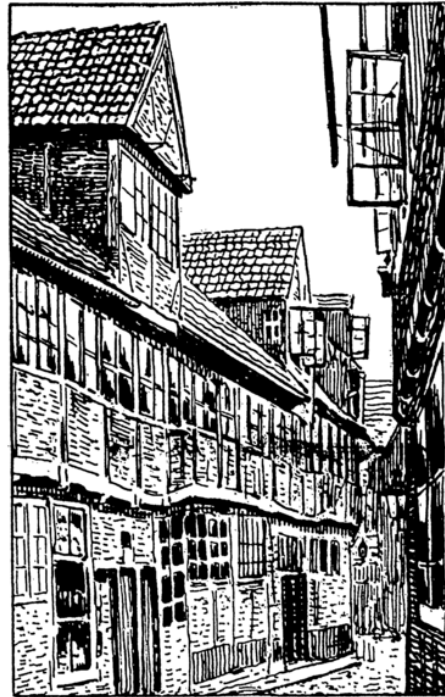
19. Januar 1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung auf die sozialdemokratische Liste rund 300 000 Stimmen = 51 Proz. der gesamten abgegebenen Stimmen. Bei der Wahl zur Bürgererschaft, dem hamburgischen Parlament, am 16. März 1919 bekam die Sozialdemokratie 267 975 Stimmen und 82 Mandate (von 160 Sitzen) und die U.S.P. 42 825 Stimmen und 13 Mandate. Auch im Senat ist die nunmehr vereinigte Sozialdemokratie ihrer Stärke entsprechend vertreten. Von 15 Senatoren gehören 7 der sozialdemokratischen Partei an.

Selbstverständlich hat sich das Arbeitsfeld der Partei im Laufe der Zeit wesentlich erweitert und vertieft. Besonders das Bildungswesen erfreut sich großer Förderung durch Unterrichtskurse, Arbeitsgemeinschaften, Vortragszyklen und Einzelvorträge, aber auch durch künstlerische Veranstaltungen: Theater, Konzerte usw. verschafft die Sozialdemokratie den Massen seelisch Genuß. Für die sozialistische Jugend, für die Jungsozialisten, für die sozialistischen Studenten und besonders auch für die Frauenbewegung tritt sie mit Wärme und Eifer ein. Erfreulicherweise beobachten wir hier ein enges Hand-in-Handarbeiten und ein harmonisches Zusammenwirken zwischen Partei und Gewerkschaft.

Wie die politische, so hat auch die gewerkschaftliche Bewegung in Hamburg frühzeitig Boden gefunden. Schon im Jahre 1849 fand hier vom 10.—14. Februar der „Norddeutsche Arbeiterkongress“ statt, der gewerkschaftliche Ziele verfolgte. Die Polizei griff allerdings störend ein, aber als im Jahre 1864 die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit gesetzlich festgelegt wurde, wurde auch die Koalitionsfreiheit proklamiert. Jetzt entstanden in Hamburg sofort zahlreiche lokale Gewerkschaften, und es kam auch mehrmals zu größeren und kleineren Streiks. Das Sozialistengesetz machte auch den Gewerkschaften ein Ende, aber nach dessen Fall nahm die Gewerkschaftsbewegung in Hamburg einen großen Aufschwung. Am 1. Mai 1890 fand die erste Mäseier statt, an der sich ungefähr ein Drittel sämtlicher Arbeiter beteiligte. Die Folge davon war eine Massenausperrung, bei der 20 000 Arbeiter auf die Straße geworfen wurden. Im folgenden Jahre schlossen sich die Hamburger Gewerkschaften zu einem Gewerkschaftskartell zusammen, das sich zunächst fast ausschließlich mit der Regelung der Unterführungsfrage bei Streiks und Aussperrungen befaßte. Es fanden in jener Zeit zahlreiche Streiks statt. Bekannt ist der große Streik der Hafnarbeiter und Seeleute, der am 20. November 1893 ausbrach. Es waren 16 000 Arbeiter daran beteiligt, die entstandenen Kosten beliefen sich auf über 1½ Millionen Mark. Das Gewerkschaftskartell, dem sich im Laufe der Zeiten auch die organisierte Arbeiterschaft von Altona, Ottenfen und Wandsbek anschloß, errichtete sehr bald ein eigenes Bureau, rief Arbeitersekretariate ins Leben, gründete eine Bibliothek mit 18 000 Bänden und nahm das Arbeiterbildungswesen in die Hand. Einen Markstein in der Entwicklung bildete der Bau eines eigenen Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof in der Nähe des Hauptbahnhofes, das im Jahre 1906 eröffnet wurde, wobei Bebel in seiner Festrede dies Haus „Die Waffenschmiede des Hamburger Proletariats“ nannte. Das Gewerkschaftshaus hat anderthalb Millionen Mark gekostet und ist inzwischen bedeutend erweitert und verbessert worden und steht mustergültig da. Der Umsatz des Restaurants betrug im letzten Jahre über 800 000 Mark und brachte einen Rohertrag von 118 000 Mark. Der Reingewinn des Gesamtunternehmens beziffert sich auf 68 000 Mark, die Bilanz schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 400 000 Mark.

Die Mitgliederzahl der vereinigten Gewerkschaften, die im Jahre 1891 bereits 22 000 betrug, sank infolge der einsetzenden Wirtschaftskrise auf 12 000 im Jahre 1894, hob sich aber wieder und erreichte 1908 die Zahl von 100 000 Mitgliedern, der eine Zahl von 112 000 sozialdemokratischen Wählern gegenüberstand. Nach der Novemberrevolution fand

bekanntlich ein ungeheurer Zudrang zu den Gewerkschaften statt, so daß die Zahl der Mitglieder 1920 nicht weniger als 270 000 betrug, die allerdings infolge der Quertreibereien und der inneren Zwietracht sowie der Gleichgültigkeit und der Faulheit auf rund 130 000 gesunken ist. Ein trauriges Zeichen für die Hamburger Arbeiterschaft. Aber trotz alledem setzte der Ortsausschuß seine Arbeiten unentwegt fort; er hat eine Betriebsrätezentrale ins Leben gerufen, die in zahlreichen Kursen Aufklärung verbreitete über das Wesen und die Bedeutung, über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte, er hat auch für die Lehrlinge und Jugendlichen gesorgt, um sie zu tüchtigen Gewerkschaftlern heranzubilden. So darf man wohl ohne Ueberhebung sagen, daß die Hamburger Gewerkschaften in jeder Beziehung ihre Pflicht im Dienste des Proletariats getan haben.



Aus Alt-Hamburg

Auch die moderne Genossenschaftsbewegung hat in Hamburg erfreulicherweise guten Boden gefunden, nachdem anfangs die Hamburger Arbeiterschaft und auch ihre Führer diesem dritten Zweig der Arbeiterbewegung gleichgültig, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstanden. Erst durch die Gründung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ im Jahre 1899 wurde das Eis gebrochen. Die erste Verkaufsstelle wurde am 17. Juli 1900 eröffnet, heute hat die „Produktion“ 270 Verkaufsstellen und 3 Kaufhäuser mit einem Jahresumsatz von 35½ Millionen Mark und einem Reingewinn von 113 000 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Geschäftsjahres 1924 rund 132 000 mit einem Geschäftsanteil von 600 000 Mark, wobei die Inflationszeit zu berücksichtigen ist. Der Notfonds beträgt 800 000 Mark, der Wohnungsfonds 31 000 Mark und der Sparfonds 6 Millionen Mark nach der Aufwertung. Die „Produktion“ betreibt eine Bäckerei mit einem Jahresumsatz von 5½ Millionen Mark und einem Personal von 373 Personen, eine Schlächterei, die im vergangenen Jahre 30 000 Schweine, 3500 Rinder, 1600 Kälber und 1600 Sammel verarbeitete im Gesamtwerte von 5 Millionen Mark. Der Umsatz einschließlich des Gefrierfleisches betrug 12½ Millionen Mark, beschäftigt sind 428 Personen. Die „Produktion“ betreibt ferner eine Kornmühle, eine Meierei, eine Kaffeerösterei, eine Mineralwasserfabrik,

eine Nahrungsmittelfabrik, eine Möbelfabrik, eine Brennerei und ein Landgut in Mecklenburg von über 1000 Morgen Acker- und Wiesenland. Die Gesamtumsatz der gezeigten Böhne und Gehälter belief sich im letzten Geschäftsjahre auf rund 4 Millionen Mark.

Die Großkaufgenossenschaft deutscher Konsumvereine, kurzweg G.C.G., genannt, die ihr Heim neben dem Gewerkschaftshaus hat, hatte im Geschäftsjahre 1924 einen Umsatz von 168½ Millionen Mark, wovon auf die Warenabteilung 142 Millionen Mark und auf die Produktionsabteilung 26½ Millionen Mark entfallen. Der Ueberfluß betrug 1,8 Millionen Mark, beschäftigt wurden insgesamt 3598 Personen, und zwar 1915 männliche und 1683 weibliche, an Löhnen und Gehältern wurden gezahlt 5 717 475 Mark. Die G.C.G. hat 3 Zigarrenfabriken in Hamburg, Hohenheim und Franzenberg (Umsatz 1 570 428 Mark, beschäftigt wurden 459 Personen), 2 Rauchtabakfabriken in Hamburg und Burgsteinfurt (Umsatz 1 569 917 Mark, beschäftigt wurden 65 Personen), eine Kautabakfabrik in Nordhausen (Umsatz 443 116 Mark, beschäftigt wurden 44 Personen), eine Zigarettenfabrik in Stuttgart (Umsatz 779 701 Mark, beschäftigt wurden 43 Personen), 2 Seifenfabriken in Gröba und Düsseldorf (Umsatz 8 073 641 Mark, beschäftigt wurden 307 Personen), eine chemische Fabrik in Gröba (Umsatz 705 877 Mark, beschäftigt wurden 78 Personen), 3 Zündholzfabriken in Gröba und Lauenburg a. d. Elbe (Umsatz 1 176 495 Mark, beschäftigt wurden 216 Personen), eine Weberei und Konfektion in Oppach (Umsatz 809 035 Mark, beschäftigt wurden 164 Personen), eine Kleiderfabrik in Seiffenhensdorf (Umsatz 1 144 174 Mark, beschäftigt wurden 181 Personen), eine Weberei in Leopoldsdorf (Umsatz 497 686 Mark, beschäftigt wurden 49 Personen), ein Sägewerk und eine Riffenfabrik in Gröba (Umsatz 468 720 Mark, beschäftigt wurden 66 Personen), eine Holzindustrie in Dortmund (Umsatz 463 548 Mark, beschäftigt wurden 80 Personen), eine Bürstenfabrik in Schönheide (Umsatz 567 960 Mark, beschäftigt wurden 104 Personen), eine Fleischindustrie in Altona (Umsatz 1 900 544, beschäftigt wurden 50 Personen), eine Fischindustrie in Altona (Umsatz 1 295 987 Mark, beschäftigt wurden 201 Personen), eine Teigwarenfabrik in Gröba (Umsatz 2 254 236 Mark, beschäftigt wurden 144 Personen), eine Nahrungsmittelfabrik in Magdeburg (Umsatz 529 280 Mark, beschäftigt wurden 51 Personen), eine Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik in Altona (Umsatz 914 138 Mark, beschäftigt wurden 86 Personen), eine Wollstrichfabrik in Chemnitz (Umsatz rund 315 357 Mark, beschäftigt wurden 23 Personen) und eine Walztaffelfabrik in Chemnitz (Umsatz 738 503 Mark, beschäftigt wurden 35 Personen). Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich die erfreuliche Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Alles in allem genommen dürfen wir wohl sagen, daß die Hamburger Arbeiterbewegung, in der die drei Strömungen: Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft in einem Sammelbecken zusammenfließen, in ihrer Gesamtheit das Bild eines sich währenden Aufstiegs gewährt. Sie ist in die Breite und in die Tiefe gegangen, und wenn sie auch gegenwärtig unter der wirtschaftlichen und seelischen Depression der Kriegs- und Nachkriegszeit leidet, wenn auch der Bruderkampf, der das deutsche Proletariat durchlöst, ihre Kraft lähmt und ihre Entwicklung hemmt, so wird sie auch diese Krise siegreich überwinden, sobald sich das Proletariat wieder auf sich selbst besinnt. Einstweilen schreitet sie allen Hindernissen zum Trotz zielbewußt und planmäßig weiter ihrem Ziele zu: der Befreiung des Proletariats aus wirtschaftlicher, rechtlicher, sozialer und geistiger Knechtschaft. Franz Lauffütter.

Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter. Bebel (Die Frau und der Sozialismus).

Hamburgs Handel und Industrie



Hamburg, die Stadt der Pfefferfäde, wie man sie oft nennt, mit seinem internationalen Verkehr, seinen riesigen Hafenanlagen, seinen Schiffen, die nach allen Richtungen hin die Meere durchspülen, mit seiner Arbeiterschaft, deren Privileg es ist, an der Spitze der modernen Arbeiterschaft zu marschieren, gewinnt mehr und mehr auch Bedeutung als Treffpunkt nationaler und internationaler Kongresse.

Hamburg ist die größte und wichtigste Hafenstadt des europäischen Kontinents. Etwa 28 000 Arbeiter werden im Hafen beschäftigt, der heute ein Gebiet von rund 4000 Hektar umfaßt, wovon 1350 Hektar auf den Freihafen entfallen. An Wasserflächen sind, wie der Oberbaudirektor Dr. Wendemuth berechnet hat, 1661 Hektar vorhanden, von denen etwas mehr als die Hälfte für Seeschiffe nutzbar sind. Die Länge der Uferstreifen, die mit Raimauern ausgerüstet sind, beträgt am Wasser mit Seeschiffstiefe 31,5 km, mit Flußschiffstiefe 15,5 km. Die Gesamtlänge aller Uferstreifen im Freihafengebiet mit und ohne Raimauern beträgt über 81 km, im Hafengebiet überhaupt 169 km. Die Schuppen überdecken eine Lagerfläche von 516 000 qm, die Speicher eine solche von 532 000 qm. Im Hamburger Hafen selbst herrscht eine steterhastige Tätigkeit: Kleine Motorboote und Barkassen schnellen im Hafen hin und her; Sirenen durchschneiden gellend die Luft; kräftige Schlepper placieren die großen Seeschiffe an ihre Bösch- und Ladepfähle oder zur Werft; Tausende von Arbeitern beladen oder entladen die Schiffe, Rollwagen, Güterzüge oder große Rähne schleppen die Güter an die Schuppen am Kai oder bringen sie längs des Schiffes; von den Werften her dringt betäubend das Trommelfeuer der Meier; gewaltig ist der Rhythmus, mit dem das hohe Lied der Arbeit erklingt.

Um die Bedeutung Hamburgs richtig zu würdigen, darf man nicht die heutigen Verhältnisse, die häufig schwankend sind, die aber doch schon wieder in großen und ganzen an das Jahr 1913 heranreichen, betrachten, sondern muß sich die Zahlen vergegenwärtigen, die das Jahr 1913 gezeitigt hat. Es liefen rund 16 500 Seeschiffe Hamburg an, die mehr als 14 Millionen Register-tonnen Waren nach Hamburg brachten. Das Gewicht der Warenmassen belief sich auf 1 1/2 Millionen Tonnen in der Einfuhr und fast 9 Millionen Tonnen in der Ausfuhr. Der Wert dieser Einfuhr betrug 4,7 Milliarden Mark, der der Ausfuhr über 3,8 Milliarden Mark. Die Flußschiffahrt umfaßte in runden Zahlen 83 000 Schiffe mit 12 1/2 Millionen Gewichtstonnen Sendung in Ein- und Ausfuhr zusammen.

Will man Hamburg mit den wichtigsten Wettbewerbsorten des Weltverkehrs vergleichen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß nur noch London ihm vorausgeht. Betrachtet man aber im Hinblick auf die Weltverkehrsbedeutung nur den Verkehr mit dem Ausland, also nicht den mit der Küste des eigenen Landes, so überragte Hamburg und seine Nebenorten mit 30,3 Millionen Netto-Register-tonnen sowohl New York (28,8) als auch London (24), stand also im Weltverkehr an der Spitze aller Häfen der Erde.

Nicht minder bedeutend ist sein Rang unter den deutschen Flußschiffhäfen. Nach der Zahl der angekommenen und abgegangenen Flußschiffe ergibt sich nachstehende Reihenfolge: 1. Duisburg-Ruhrort 86 000 Schiffe, 2. Hamburg 83 000 Schiffe, 3. Groß-Berlin 60 000 Schiffe, 4. Stettin 30 000 Schiffe.

Hamburgs Handel und Schiffahrt haben sich nach dem Kriege schon wieder erholt. Man muß natürlich dabei berücksichtigen, daß durch den Versailler Friedensvertrag die deutsche Flotte so gut wie vernichtet wurde. Deutschland hatte 1913 eine Flottenstärke von mehr als 5 Millionen Brutto-Register-tonnen legebender Schiffe. Nach der Auslieferung der deutschen Handelsflotte an die Siegerstaaten blieben kaum 400 000 Tonnen arbeitsfähiger Restes

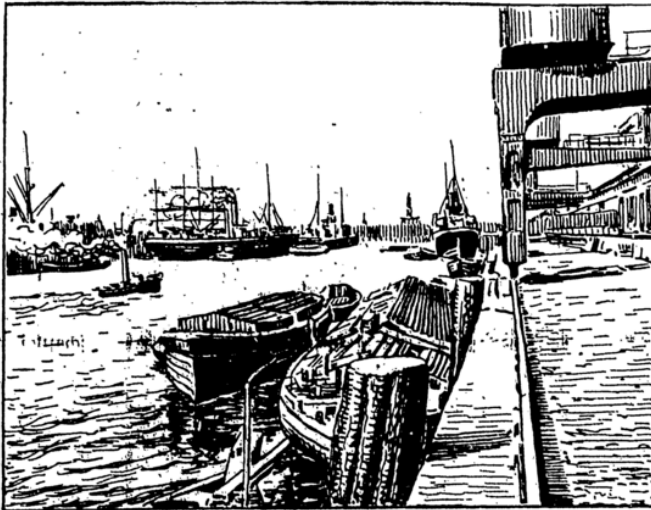
übrig. Durch den Friedensvertrag von Versailles war die zweitgrößte Flotte der Welt vernichtet worden. Deutschland hatte dem Friedensvertrage gemäß alle Schiffe abzuliefern, die über 1600 Tonnen groß waren, und die Hälfte derjenigen, die zwischen 100 und 1600 Tonnen maßen. Das Deutsche Reich hat damals der deutschen Reederei zum Wiederaufbau ihrer Handelsflotte 12 Milliarden bereitgestellt gehabt, die natürlich infolge der Inflation ganz bedeutend zusammengeschnitten waren. Auf den deutschen Werften ist in den letzten Jahren eine ganze Anzahl neuer, wenn auch kleinerer Dampfer entstanden. Aber auch durch Zuriidkäufe deutscher abgelieferter Dampfer wurde die Hamburger Handelsflotte wieder vermehrt. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat damals ihren 20 000-Tonnen-Dampfer „Cap Polonia“ wiedergetauft, andere Reedereien haben sich, um wieder ins Geschäft zu kommen, mit anderen ausländischen Reedereien zum Betrieb der verschiedensten Dampfer-

dernsten Flugzeuge aufnehmenden Hallen, mit einer neuzeitigen Funkstation für Telegraphie und Telephonie ausgerüstet. An Linien werden geflogen:

Hamburg—Bremen—Amsterdam—London,
Hamburg—Kopenhagen,
Hamburg—Bremen—Dortmund—Frankfurt—München—Stuttgart—Zürich—Innsbruck.

Der Flugverkehr ist täglich und befördert Passagiere, Post und Waren von und nach Hamburg.

Hamburg hat sich nicht nur zu einer Welthandelsstadt, sondern auch zu einer sehr regen Industriestadt entwickelt. Dieses erfreuliche Ergebnis in der Entwicklung Hamburgs aus der Handelsstadt zu einer Handels- und Industriestadt ist um so mehr beachtenswert, als man die Hamburger Industrie-Verhältnisse nicht mit denen in anderen Staaten und Großstädten vergleichen kann. Man muß insbesondere beachten, daß Hamburg nur ein verhältnismäßig beschränktes Gebiet besitzt, durch Staatsgrenzen von seinen Nachbarn getrennt ist und nicht nach wirtschaftlichen Rücksichten, wie bei anderen Groß- und Industriestädten, beliebig vergrößert werden kann. Läßt man diese Staatsgrenzen unberücksichtigt und zählt auch die Hamburger Unternehmungen, die ihre Betriebe auf dem benachbarten preussischen Gebiet haben — in erster Linie Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg und Harburg — als zu Hamburg gehörig hinzu, so sind in dem großhamburgischen Industriegebiet mindestens 190 000 Arbeiter vorhanden, zu denen noch weitere 15 000 bis 20 000 Angestellte in industriellen und über den Rahmen des Handwerks hinausgehenden gewerblichen Unternehmungen kommen. Nach einem Bericht des hamburgischen Gewerbeaufsichtsamts sind in den Jahren 1922/23 etwa 360 000 Arbeiter und Angestellte, die in Industrie, Gewerbe und Handel tätig waren, von der Gewerbeaufsicht überwacht worden. Schätzungsweise werden in Hamburg 180 000 Angestellte beschäftigt. Es wird angenommen, daß sich die Angestellten etwa in folgender Weise auf die Erwerbszweige verteilen: 30 000 in der Industrie, 70 000 im Großhandel, 20 000 im Bankgewerbe und Versicherungswesen, 40 000 im Einzelhandel, 120 000 in Verkehr und in den Berufsvereinigungen.



Hamburger Hafen

linien verbunden und dadurch dazu beigetragen, daß Hamburgs Hafen wieder „bevölkert“ wurde.

In Hamburg hat sich auch eine große Anzahl ausländischer Reedereien niedergelassen, so daß von Hamburg aus ein Netz von Schiffsfahrtslinien nach allen Wägen der fünf Erdteile geht. Hamburg ist auch die Stadt, die den großen Auswandererstrom über das Weltmeer leitet. Im Jahre 1913 kamen 244 097 Personen nach Hamburg, die auswandern wollten. Die Zahl setzte sich zusammen aus 163 751 männlichen und 80 346 weiblichen Personen. Von diesen 244 097 Personen kamen aus dem Deutschen Reich 26 393, aus anderen europäischen Staaten 193 883, aus außereuropäischen Staaten 23 821 Personen.

Das hamburgische republikanische Staatswesen hat wissenschaftliche Institute, die im Interesse des Handels und Verkehrs begründet worden waren, in jeder Beziehung unterstützt. Immer wieder — bis auf die allerletzte Zeit — haben die hamburgischen Regierungsstellen jeder Einrichtung, die der Erhaltung und Festigung der Stellung Hamburgs in der Welt dienen kann, die größtmögliche Unterstützung angedeihen lassen. Neben dem Kolonialinstitut entstand mit der Zeit das Phonetische Laboratorium zum Studium von Eingeborenen Sprachen, das wohl das größte derartige Institut in Europa sein dürfte. Aus dem Kolonialinstitut und dem in Hamburg bestehenden sogenannten Allgemeinen Vorlesungswesen entwickelte sich vor einigen Jahren dann die Hamburgische Universität, die es mit zu ihrer Aufgabe rechnet, allen Deutschen, die ins Ausland gehen, das wissenschaftliche Rüstzeug zu geben.

Hamburg hat nicht nur einen weltberühmten Seehafen, sondern auch einen sich mächtig entwickelnden Flughafen. Der Flughafen ist mit großen, die mo-

Reedereien, 8000 in den freien Berufsständen und in den Berufsvereinigungen.

Die hauptsächlichsten Industrien, die in Hamburg sich niedergelassen haben, sind natürlich die Schiffbauindustrie und die in engster Verbindung mit dem Schiffbau stehenden Industrien, wie Eisen- und Metallgießereien. Auf den Seeschiffswerften wurden in den letzten Jahren rund 30 000 Arbeiter beschäftigt. Werften, die weltbekannt sind, haben in Hamburg ihren Sitz. An der Spitze der Werften stehen die Firmen Blohm u. Böh, Vulkan-Werke, Reihertstieg-Schiffswerk und Maschinenfabrik, Deutsche Werft und andere mehr. Neben den Werften sind 12 Eisen-gießereien und 20 Metallgießereien fast ausschließlich für den Schiffbau tätig. Dann die Gummi- und Kautschukindustrie, die chemische Industrie, ferner die Del- und Schmierfettfabriken, nicht zu vergessen die Fisch-industrie und die Zuckermarandbetriebe, Textilindustrie, Exportfleischereien, Tabak-, Zigarren- und Zigarettenindustrie, Kaffeebearbeitung usw. Hamburgs Industrie hat sich in den letzten Jahren bedeutend entwickelt, sie hätte sich noch mehr entwickelt, wenn Hamburg in der Lage wäre, sich in der Nähe des Hafens auszudehnen. Seit Jahren ind ja die Bestrebungen im Gange, preussische Gebietsteile an Hamburg anzugliedern. Die sogenannte Groß-Hamburg-Frage ist zu bekannt, um sie bei dieser Gelegenheit noch zu erörtern. Es soll nur so nebenbei erwähnt werden, daß im hamburgischen Gebiet nicht einmal die Schiffbauindustrie mit ihren zahlreichen verwandten Betrieben mehr untergebracht werden kann. In unwirtschaftlicher Weise müssen die Hamburger Werften zahlreiche Materialien im Inlande herstellen lassen, wodurch sich die Kosten für die Schiffe naturgemäß stark erhöhen. Auch die Er-



richtung weiterer Werftanlagen auf Hamburger Gebiet ist gleichfalls wegen des fehlenden Geländes am tiefen Wasser unmöglich. Ein Schlaglicht auf die Situation wirft die Tatsache, daß Gesuche um zusammen 2 800 000 Quadratmeter für Werft- und Fabrikgelände abgewiesen werden mußten, weil das gewünschte Gelände nicht vorhanden war. Alle Gesuche um Gelände unter 4000 Quadratmeter und alle mündlich gestellten Anfragen sind bei dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.

Hamburg braucht aber nicht nur Platz für Häfen, Raianlagen, Lagerhäuser und industrielle Betriebe, es braucht ferner und mit gleicher Dringlichkeit Siedlungsland für die im Hafen tätige Bevölkerung. Es arbeiteten im Hafen und seinen Industrien vor dem Kriege rechtselbisch rund 7000, linkselbisch rund 60 000 Personen. Von ihnen wohnten im Hafen selbst und den ihm benachbarten Stadtteilen etwa 41 000 Personen. Die übrigen 26 000 Arbeiter wohnten in den östlichen, nördlichen und nordwestlichen Vororten. Die Arbeiter und Angestellten müssen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen, zum Teil 5 bis 20 Kilometer Entfernungen per Bahn und per Dampfer zurücklegen. Und das zweimal am Tage. Welche Unkosten und welcher Zeitverlust entstehen nicht den Arbeitern dadurch, daß das Wohngebiet, anstatt es in die Nähe des Hafens wie in Rotterdam, Antwerpen und Bremen zu legen, in

Hamburg an die Peripherie der Stadt gelegt wird. Durchschnittlich müssen die 26 000 in den entfernteren Stadtteilen wohnenden Hafenarbeiter morgens und abends je eine deutsche Meile zurücklegen, um ihre Arbeitsstelle bzw. ihre Wohnungen zu erreichen. Die hierdurch nutzlos vergeudete Leistung ist mindestens auf täglich 13 000 Stunden verlorene Zeit der zu befördernden Personen und auf täglich 300 000 Personenkilometer Verkehrsleistung zu schätzen, im Jahr macht das einen Verlust der Volkswirtschaft von 3,9 Millionen Stunden und 90 Millionen Personenkilometer aus. Schwerer noch wiegt die Einbuße an Lebens- und Arbeitsfreude, an wirtschaftlicher und häuslicher Zufriedenheit bei einem Arbeitsheer, das von und nach der Arbeit derartige Wege in überfüllten Verkehrsmitteln zurücklegen, täglich um soviel früher Heim und Familie verlassen muß und um soviel später erst zurückkehren kann, und dies alles unter Aufwendung sehr hoher Fahrtkosten.

Hamburgs wirtschaftliche Bedeutung steht unbestritten da; ja, seine Wertgeltung wird sich in aller nächster Zeit sogar noch erhöhen. Und je mehr Deutschlands Bestreben darauf gerichtet sein muß, seine Handelsbilanz aktiv zu gestalten, um so mehr hat das Deutsche Reich ein ganz besonderes Interesse daran, daß der Hamburger Hafen und seine Industrie leistungsfähig sind. Es gehört aber auch ferner dazu,

daß Hamburgs Arbeitnehmererschaft, Arbeiter sowohl als auch Angestellte, unter menschenwürdigen Bedingungen leben und wohnen. Hamburgs Arbeitnehmererschaft ist gut organisiert, wenngleich auch hier wie überall die leidigen Zersplitterungsversuche nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Es ist erfreulich, festzustellen, daß die Arbeiterschaft auf das sozial- und wirtschaftspolitische Geschehen in Hamburg in erheblichem Maße Einfluß zu nehmen in der Lage ist. Zum Teil geschieht dies durch ihre selbstgegründeten wirtschaftlichen Organisationen, zum Teil durch den in Hamburg bestehenden Arbeiterrat Groß-Hamburg, der in enger Verbindung mit den wirtschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen zur Begutachtung in wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Beziehung amtlich herangezogen wird und zum Teil durch die politische Vertretung der Arbeitnehmererschaft. Die Hamburger Arbeiterschaft hat natürlich das größte Interesse daran, daß Hamburgs Wertgeltung in der Welt erhalten bleibt. Soll in Zukunft die Welthandelsstadt Hamburg die große Aufgabe, die ihr beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zufällt, erfüllen, dann ist es notwendig, daß der Einfluß der Hamburger Arbeiterschaft mehr noch als bisher zur Geltung kommt. Durch ernste, rastlose Arbeit, nicht zuletzt auch an sich selbst, wird ihr dieses gelingen. Paul Neumann.

Erfolgreiche Arbeit

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes über 1924.

Rechtzeitig vor dem Verbandstag erscheint der Tätigkeitsbericht des Vorstandes über das abgelaufene Kalenderjahr, er wird von den Delegierten als dankenswertes Studium lebhaft begrüßt werden. Doch nicht alle Mitglieder haben Gelegenheit, sich mit den Darlegungen unserer Verbandsleitung schon jetzt eingehend zu befassen, darum sollen einige Daten aus dem Bericht an dieser Stelle rechte Würdigung erfahren.

Wir wissen, auch ohne daß der Verbandsvorstand es uns noch ausdrücklich gesagt hätte, welchen steinigten Weg der Verband zu Beginn des vergangenen Jahres vorfand. Gut ist es aber, wenn er diese Situation manchem Mitgliede wieder in Erinnerung bringt. Viele vergessen leider zu schnell, einige standen dem Verbandsvorstand zu der Zeit vielleicht noch fern. Wer aber die Verbandsarbeit richtig würdigen will, muß wissen, unter welchen Umständen und Beschwerden sie geleistet wurde und bis zu welchem Grade sie erfolgreich war. Das Jahr 1924 war ein Jahr sehr schwerer, aber auch erfolgreicher Arbeit.

Über 16 Proz. der Mitglieder waren zu Anfang des Berichtsjahres arbeitslos, der Verband war durch die Nachwirkungen der Inflation aufs äußerste geschwächt, die Kassen waren leer und viele Kollegen und Kolleginnen hatten dem Verband den Rücken gekehrt. Wohl wurde, wie der Verbandskassierer berichtet, auf den Abrechnungen noch eine stattliche Mitgliederzahl geführt, doch waren das, an den Beiträgen errechnet, nur Papierkolonnen, die für den Kampf mit den Unternehmern nicht in Betracht kamen. Die Arbeitslosigkeit lastete nicht lange auf dem graphischen Gewerbe, da die Produkte der Druckereien von der Industrie verarbeitet und werdend notwendig gebraucht wurden. Nicht so schnell jedoch krieg die Mitgliederzahl. Ein großer Teil der Mitglieder, der durch die Einstellung des Bantnotendrucks arbeitslos und überhaupt in den Druckereien nicht mehr unterzubringen war, wurde zum Berufswechsel gezwungen. Anders standen abwartend beiseite, sie glaubten an eine hinreichende Unterstützung in ihrer wirtschaftlichen Not nicht mehr und schwächten so durch ihre falsche Einstellung unsere Organisation ungemein. Die Unternehmer, die für diese Krisen in den Gewerkschaften eine feine Nase haben, nutzten die wirtschaftliche Not der Arbeiter und die Schwäche der Organisation weidlich aus und versuchten namentlich im Buchdruckgewerbe uns die erlangenen tariflichen Vorteile zu nehmen.

In guter Erinnerung dürften die Verhandlungen im Februar 1924 über den Reichstarif sein, über die ausführlich in der „Solidarität“ berichtet wurde. Sie

Auch in den andern Zweigen des graphischen Gewerbes, die für unsere Mitglieder in Betracht kommen, ist im Berichtsjahre von allen Beteiligten fleißig gearbeitet worden. Viel Arbeitskraft mußte aufgewendet werden, um für die Kollegen und Kolleginnen in den Steindruckbetrieben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erzielen. Da im Steindruckgewerbe eine zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht erreicht werden konnte, war eine große Zahl Verhandlungen an verschiedenen Orten notwendig. Durchweg wurden recht ansehnliche Vorteile für die Kollegenschaft erreicht, obwohl die Unternehmer erhebliche Schwierigkeiten bereiteten. Manchmal mußte zu dem Mittel der Arbeitseinstellung gegriffen werden, und stets wurde der Kampf für die Kollegenschaft erfolgreich beendet, wo die Mitglieder Ausdauer und Festigkeit zeigten. In 15 Gauen bestehen 90 Ortskariffe, unter denen 11 380 Kollegen und Kolleginnen arbeiten. Die Abkämpfe sind durchweg gut und da am besten, wo das Steindruckereihilfspersonal restlos organisiert ist. Die Güte eines Tarifs oder Lohnabschlusses richtet sich immer nach der organisatorischen Stärke der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Viel Mühe machten auch die Verhandlungen im Schriftgießergewerbe. Die Unternehmer setzten unseren Verhandlern den festigsten Widerstand entgegen, sie beabsichtigten sogar ernstlich eine Herabsetzung der Löhne und wollten dann, als sie damit kein Glück hatten, eine stärkere Differenzierung der Hilfsarbeiterlöhne vornehmen. Die Verhandlungen, über die berichtet wurde, flogen auf und die in den Schriftgießereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen nahmen nunmehr den Kampf auf und reichten geschloffen in allen Geschäften die Rindbündgen ein. Durch einen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums wurde der Streit beigelegt, die Entschlossenheit der Mitglieder hatte den Angriff der Unternehmer auf der ganzen Linie zurückgeschlagen.

Der Ausbau und die finanzielle Festigung des Verbandes machte im Berichtsjahr gute Fortschritte. Leicht waren die dazu notwendigen Maßnahmen nicht durchzuführen, geschafft wurde es aber doch dank der Opferwilligkeit der Mitglieder. Die Einstellung der Unterführungen mit Ausnahme der Streikunterstützung wird vielen nicht gefallen haben, mußte aber beschlossen werden, weil der Verband eine feste finanzielle Grundlage unbedingt brauchte. Unterstützt wurde diese Maßnahme durch die gute Konjunktur im Gewerbe, so daß erst im Oktober gleichzeitig mit einer mäßigen Beitragserhöhung die Arbeitslosen



Warteneise

brachten uns neben anderen tariflichen Verschlechterungen auch das bekannte Arbeitszeitabkommen, das allerdings schon im Mai ebenso wie der Tarif bedeutend verbessert wurde und nun ganz verschwunden ist. In dem Moment, da die Unternehmer für die sogenannten Mehrstunden einen Aufschlag bezahlen mußten, ließ ihr Interesse für dieses Abkommen nach. Sie konnten dann meist auf die Mehrarbeit, mit der sie die deutsche Wirtschaft auf die Beine helfen wollten, verzichten. Wir wollen uns hier nicht eingehend mit den Verhandlungen im Buchdruckgewerbe beschäftigen, jedes Mitglied kennt die Verbesserungen des Reichstarifs, die unsere Verhandler mit zunehmender Kräftigung der Organisation erreichten. Ansehen wollen wir uns aber die Entwicklung der Spitzenlöhne von Anfang 1924 bis Juli 1925, um daran augenfällig zu erkennen, was der Verband für seine Mitglieder in dieser Zeit erwirkt hat.

		Einkommensänderung der Schriftgießer Arbeiterinnen ab. 24 Jahre		
		ab. 11 Jahre	ab. 21 Jahre	ab. 31 Jahre
		M.		
bis 28. März	1924	22,95	14,58	12,15
ab 29. März	1924	25,50	16,20	13,50
ab 3. Mai	1924	26,78	17,01	14,18
ab 31. Mai	1924	29,40	20,20	16,55
ab 1. November	1924	35,—	24,06	19,74
ab 31. Januar	1925	35,—	24,40	20,—
ab 28. Februar	1925	36,75	25,62	21,—
ab 30. Mai	1925	40,25	28,06	25,—
ab 4. Juli	1925	42,—	29,28	24,—



unterstützung wieder zur Einführung kam. Außerdem wird von diesem Zeitpunkt an die „Solidarität“ den Mitgliedern wieder unentgeltlich geliefert, die das Verbandsorgan seit Jahresbeginn bei der Post stellen und bezahlen mußten.

Der Verbandskassierer kann daher über ein gutes finanzielles Ergebnis für das Jahr 1924 berichten. Der recht locker gewordene Mitgliederkreis festigte sich wieder, die Beiträge gingen regelmäßig ein und stiegen von Vierteljahr zu Vierteljahr. Das ist ein erfreuliches Zeichen, wenn man bedenkt, daß eine gut gefüllte Kasse eine machtvolle Stütze bei den Wirtschaftskämpfen ist. An Beiträgen wurden 591 650,20 Mark eingenommen, so daß ein Ueberschuß von 288 299,46 Mk. erzielt werden konnte. Von den Unterstützungen wurde am meisten für Streitende ausgegeben, die Arbeitslosenunterstützung ist allerdings nicht viel geringer, was auf die große Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr zurückzuführen ist. Immerhin spielen die Ausgaben für Unterstützungsarbeiten keine große Rolle, sie betragen zusammen 33 463,14 Mk. Außerordentlich gestiegen sind trotz größter Ein-

schränkung die Verwaltungsausgaben, die im Bericht des Kassierers mit 192 337,94 Mk. angegeben werden. Davon sind allein den Zahlstellen für Verwaltungsprozent 41 061,53 Mk. verblieben. Wesentlich zurückgegangen sind die Kosten für unsere Verbandszeitung, die sonst bei den Ausgaben eine der ersten Stellen einnahm. Die „Solidarität“ wurde während der ersten sieben Monate bekanntlich nur gegen Bezahlung geliefert und da nicht alle Mitglieder Bezahler waren, konnte die Auflage bedeutend verringert werden. Sie erforderte einen Zuschuß von noch nicht 20 000 Mk. aus der Verbandskasse. Den Gesamteinnahmen von 616 476,70 Mk. stehen die Gesamtausgaben von 326 177,24 Mk. gegenüber, so daß der schon genannte Ueberschuß von 288 299,46 Mk. verbleibt.

Von der Mitgliederbewegung ist ebenfalls erfreuliches zu berichten. Am Anfang des Berichtsjahres sah es nicht gut aus, wenn auch 32 963 Mitglieder angegeben wurden. Der Verbandskassierer hat nach den Beiträgen errechnet, daß davon rund 6000 nur auf dem Papier als Mitglieder gelten

konnten. So viel bezahlen keine Beiträge. Der Bericht wird mit einem Mitgliederstand von 33 125 wirklich zahlenden Mitgliedern abgeschlossen, von denen im Buchdruckgewerbe 20 720, im Steindruck 9629, in Schriftgießereien 880 und in anderen Berufen 76 beschäftigt waren. Heute zählt der Verband rund 38 000 Mitglieder. Von den im Bericht angegebenen 33 125 waren 10 786 männliche und 22 339 weibliche Mitglieder, die Kolleginnen halten also immer noch die Zweidrittelmehrheit.

Alle Kräfte waren im Jahre 1924 rege am Werk und so mußte sich die Arbeit lohnen. Allen, die geholfen haben, gebührt Dank für die Mühe, die sie sich um den Verband gegeben haben. Der Kreis derjenigen, die fleißig tätig sind, könnte allerdings noch größer sein, er kann überhaupt nie groß genug werden. Wenn erst niemand mehr zurücksteht und jeder und jede nach besten Kräften mithilft, wird die Verbandsleitung noch viel günstiger berichten können über

erfolgreiche Arbeit.

Betrachtungen zum Verbandstag.

II.

Das Wirken und die Erfolge jeder gewerkschaftlichen Organisation bauen sich auf das Solidaritätsgefühl und den Idealismus der Mitglieder sowie auf die finanzielle Stärke, die der Verband entwickeln kann. Diese beiden Kraftquellen der Organisationen ergänzen sich gegenseitig zu einer Einheit. Werden durch die Steigerung des Solidaritätsgefühls und durch die Kräftigung der Finanzen die Kraftquellen größer, so haben wir auch als Resultat dieser Vergrößerung eine bedeutende Steigerung der Produktivität zu erwarten. Und für die Mitglieder zeigt sich die Ausbeute der ergeblicheren Kraftquelle in der Steigerung ihres gesamten Lebensniveaus. Und wenn wir uns die Finanzprobleme des Verbandstages herangeben, kann m. E. nur dieser Gesichtspunkt immer der leitende sein.

Die gemeinsame Konferenz des Verbandsvorstandes, des Verbandsbeirats und der Gauleiter vom 18. bis 20. September v. J. in Dresden hat auf finanziellem Gebiet dem Verbandstag eine große und wichtige Arbeit abgenommen. Sie hat, wie der Verbandsvorstand verlangte, den Schlüssel zum Wiederaufbau der Organisation gelegt. Wir wissen, daß das Resultat der Konferenz die Erhöhung der Beiträge und Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung war. Es liegen nun dem Verbandstag eine ganze Reihe von Anträgen vor, die eine Revision der Konferenzbeschlüsse fordern. Im allgemeinen ist der Ruf nach höherer Beitragsleistung, höherer Arbeitslosen- und Streitunterstützung, sowie der Wiedereinführung der Krankenunterstützung erhellt. Eine kleine Anzahl Zahlstellen fordert auch die Einführung der Invalidenunterstützung. Der Ruf nach der Erhöhung der Beiträge ist erklärlich. Er wird aber meist in Zusammenhang gebracht mit der Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und der Wiedereinführung der Krankenunterstützung. Dies ist, glaube ich, ein irrthümlicher Standpunkt. Es wäre eine Beitragserhöhung auch notwendig gewesen, ohne als Gegenleistung die Verringerung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zu erhalten. Unsere Erhöhung der Löhne ist zum Teil zurückzuführen auf die Steigerung der Kosten des Lebensbedarfes. Wir können uns nun auch nicht der Erkenntnis verschließen, daß die erhöhten Lebensbedarfskosten sich auch für die Organisation fühlbar machen. Diese Verringerung der Haushaltskosten der Organisation haben sich noch erhöht durch die Vergrößerung seines Aufgabengebietes. Wenn wir sehen, wie seit dem vorigen Jahre die gesamte Gewerkschaftsbewegung ihren Einfluß auf Staat und Wirtschaft steigern konnte, wie sie in sozialpolitischen, in Steuer- und Zollfragen aktiv mit eingreift, dann darf uns auch die Erkenntnis nicht fernbleiben, daß diese Aufgabenerweiterung mit erheblichen Kosten für die einzelnen Organisationen verbunden ist. Immer wird überhaupt in der Gewerkschaftsbewegung die Beitragsregelung sehr beeinflusst sein vom Aufgabengebiet der Organisationen. Wenn nun als weiteres Äquivalent einer Beitragssteigerung die Verringerung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gefordert wird, dann wird natürlich die Beitragssteigerung nicht nur bestimmt werden können von den Mehrkosten, die die Verringerung der angegebenen Unterstützungsarten erfordern. Im Rahmen dieses Artikels nun zu plädieren für diesen oder jenen Antrag, ist natürlich unmöglich. Es sind uns die jetzigen Verhältnisse des Verbandes im genauesten nicht bekannt, und die einzelnen Zahlstellen werden bei ihrem Antrag stets ausgegangen sein von ihren Verhältnissen. Ob diese nun immer im Gleichschritt stehen mit den Verhältnissen der Gesamtorganisation, ist sehr fraglich. Die gestellten Anträge schwanken zwischen 80 Pf. und 1,10 Mk. Höchstbeitrag. An Hand der vom Verbandsvorstand zum Verbandstag herausgegebenen Rassenberichte wird es nun den einzelnen Delegierten möglich sein, darüber zu entscheiden, ob der Antrag seiner Zahlstelle den Interessen der Finanzgestaltung des Verbandes entspricht. Aber ich glaube annehmen zu können, daß die Entscheidung des Verbandstages nicht groß differenzieren wird mit dem Antrag des Verbandsvorstandes. Nur wäre eine Verringerung der Beitragsklassen im Interesse der Arbeitserparnis sämtlicher Kassierer sehr wünschenswert.

Fast das gleiche, was eben über die Beitragsfrage gesagt wurde, trifft auch auf die Unterstützungsanträge zu.

Notwendig sind auch hier die Erhöhung der Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Im vorigen Artikel ist hingewiesen worden auf den großen Einfluß der Arbeitslosen auf die Befestigung unserer Löhne- und Arbeitsverhältnisse. Solange nun das Solidaritätsgefühl durch die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften nicht genügend gesteigert ist und die materielle Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat nicht den Grad erreicht hat, der den Arbeitslosen die Möglichkeit zum Weiterleben und somit auch die unbedingte Pflicht zur Solidarität gibt, sind wir als Organisation gezwungen, für ausreichende finanzielle und moralische Unterstützung unserer Arbeitslosen zu sorgen. Die Arbeitslosenunterstützung gehört, gleich der Streit- und Gemahregeldunterstützung, zu der Gattung der gewerkschaftlichen Kampfunterstützungen. Sie sind ein notwendiges Mittel im Klassenkampf der Gewerkschaften. Von diesem Standpunkt aus gesehen, kann eigentlich die Arbeitslosenunterstützung nicht hoch genug bemessen werden. Am sympathischsten sind daher die Anträge Berlin und Breslau. Vielleicht gestaltet es doch die Finanzlage des Verbandes, diese beiden Anträge bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Der Antrag des Verbandsvorstandes scheint mir ein wenig niedrig bemessen zu sein. Die Anträge aller Zahlstellen, außer Stettin, gehen über den des Verbandsvorstandes weit hinaus. Nicht beipflichten können wir aber den Anträgen sämtlicher Zahlstellen in Hinsicht auf die Dauer der Zahlung der Unterstützung. Wenn auch die Stabilisierung wieder eine Normalisierung der Konjunktur- und Krisenperioden bringen wird, so läßt sich doch auf Grund der Beobachtungen feststellen, daß die Krisenperioden an Schärfe und Auswirkung den früheren weit überlegen sein werden. Und der Gefahr, die daraus für uns als Organisation entspringt, muß vorgebeugt werden. Und dieses können wir, indem wir der Frage der Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosenunterstützung mehr Beachtung schenken.

Ueber die Höhe der Streit- und Mahregeldunterstützungen wird auf dem Verbandstag eine Einigung zu erzielen sein, zumal der Verbandsvorstand über die Anträge der Zahlstellen hinausgegangen ist. Vielleicht ist es möglich, die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für die Ermäßigung der Streitunterstützung, z. B. nach dem Berliner Antrag, einzutauschen. Die Streit- und Streitreuegefahr ist in unserer Organisation selten so akut als die Gefahr, die von der Seite der Arbeitslosigkeit droht.

Nach den vielen eingegangenen Anträgen wird nun auch der Verbandstag nicht umhin können, die geforderte Krankenunterstützung wieder einzuführen. Die Krankenunterstützung tritt allerdings gegen die Kampfunterstützungen in den Hintergrund. Soweit solche humanitäre Unterstützungen gefahrt werden, betrachtet man sie als eine Art Zuschuß. Das Einbringen dieser Unterstützungsarten in die Gewerkschaften ist zurückzuführen auf die sozialpolitische Rückständigkeit des Staates. Sie wirken damals für die Gewerkschaften als außerordentlich wirksames agitatorisches Moment und sind sie leider noch heute oder, besser gesagt, in letzter Zeit wieder geworden. Es soll aber auch nicht verkannt werden, daß z. B. die Krankenunterstützung ein oft sehr notwendiger Zuschuß zum Krankengeld ist.

Gefordert wird auch von verschiedenen Zahlstellen die Einführung der Invalidenunterstützung. Dieses Problem ist für unsere Organisation noch nicht so aktuell, als daß der Verbandstag ihm ebenso große Aufmerksamkeit schenken wird wie den anderen Finanzfragen. Es fehlen die finanziellen Voraussetzungen dazu. Wir können uns nicht auf das Vorbild der Buchdrucker berufen. Unsere Mitglieder können eine ebensohohe finanzielle Belastung nicht tragen, wie es bei diesen der Fall ist.

Die Organisations- und Verfassungsfragen werden den Verbandstag nicht in dem Maße beherrschen, wie es in Frankfurt der Fall war. Verhältnismäßig sind wenig Anträge zu diesem Thema gestellt und es handelt sich bei diesen Anträgen meist um solche, die in derselben oder etwas abweichender Form schon dem vorigen oder früheren Verbandstagen vorgelegen haben. Es soll darum nur zu den wichtigsten Anträgen kurz das Wort genommen werden, und zwar zu Anträgen, die tief einschneidende Wirkungen haben könnten.

Zuerst die Anträge der Zahlstellen zu der Frage des Verbandsbeirats. Auf dem vorigen Verbandstag wurde die Einrichtung des Verbandsbeirats beschlossen. Sie war damals ein Schritt zur Erweiterung des Mitbestimmungs- und Beobachtungsrechts der Mitglieder, und ein weiterer Schritt zur Demokratisierung der Gewerkschaften, welche sich mit Notwendigkeit durchsetzen mußte. Der Aufgabenteil dieser Institutionen konnte bei ihrer Einführung selbstverständlich nicht ein zu großer sein. Es mußten erst die Auswirkungen und die Arbeitsfähig- und Arbeitsmöglichkeit dieser Einrichtungen beobachtet werden, ehe man an eine genauere Festlegung des Aufgabengebietes heranging. Dies ist inzwischen in der letzten Verbandsperiode geschehen. Wenn auch die volle Arbeitsfähigkeit unseres Verbandsbeirats infolge der durch die Inflation bedingten Ereignisse nicht ganz zur Geltung kam, so können wir doch immerhin auf Grund des von ihm bearbeiteten Wirkungsbereiches heute das Aufgabengebiet des Verbandsbeirats begrenzen. Dieses Bedürfnis war bei den Zahlstellen vorhanden und tam durch die Anträge zum Ausdruck. Aus der Zahl der Anträge steht der Dresdener für den Verbandsbeirat einen außerordentlich erweiterten Aufgabenteil vor. Es ist zwar unverständlich, daß der Antrag tief eingreift in den Aufgabenteil des Verbandsvorstandes und auch des Verbandstages, aber dies gereicht ihm weniger zum Schaden, denn letzten Endes bedeutet dies eine weitere Arbeitsstellung der verantwortlichen Institutionen, wodurch das Aufgabengebiet aller sich erweitern und intensiveren kann. Die Hamburger Zahlstelle hat einen Antrag auf Einrichtung eines Verbandsauschusses gestellt. Dies ist m. E. überflüssig, da die Aufgaben, die im Augenblick werden, vom Verbandsvorstand und Beirat erfüllt werden. Er ist wohl letzten Endes gedacht als Gegengewicht gegen die einseitige Befolgung des Verbandsvorstandes durch eine Zahlstelle. Der Antrag enthält aber denselben Fehler. Und wir dürfen auch bei der Einführung neuer Körperlichkeiten nicht vergessen — das allzuviel auch in der Gewerkschaftsbewegung ungesund sein kann. Für sehr wertvoll halte ich auch den Antrag Dresden zum Paragraph 16 des Statuts. Er ist wohl einer ausreichenden Diskussion wert. Das gleiche gilt für den Antrag Dresden über Krankfittungen.

Auch die Frage des Industrieverbandes ist von Anträgen nicht unberührt geblieben. Dieses Problem steht vor der Entscheidung des Breslauer Kongresses des I. D. G. B. und daher im Vordergrund großer theoretischer Diskussionen. Wohl allenthalben ist aber die Ansicht darüber einheitlich, daß die Industrieverbände die guttunliche Organisationsform der Gewerkschaften sind. L a r n o w hat zwar durch seine Broschüre ein neues Moment in die Diskussion gebracht, als er einen Ausbau des I. D. G. B. fordert, aber dieses Moment ist selbst bei L a r n o w noch reichlich unklar und letzten Endes bedeutet es für heute keine Lösung des Problems. Unser Verbandstag kann nichts anderes tun, als erneut rückständig zu befechtigen, daß unsere Organisation für den Industrieverband eintritt. Ganzlich unsinnig ist der Antrag Halle zu diesem Thema. Die Hallenser Kollegen müßten eigentlich von ihren Gesinnungsfreunden in Rußland längst gelernt haben, daß wirtschaftliche und organisatorische Veränderungen sich nicht durch Dekrete herbeiführen lassen.

Von großer Wichtigkeit sind die Anträge zur Bildungsarbeit. Die Bildungsarbeit ist ein Problem, das die Verbandstage sämtlicher Organisationen im letzten Jahre stark beschäftigt hat. Bildungsfragen sind zugleich Fragen des gewerkschaftlichen Wirkens und gewerkschaftlicher Erfolge. Wenn die so notwendige Bildungsarbeit in den letzten Jahren vernachlässigt worden ist, dann liegt der Grund hierzu in der Inflation. Seit der Stabilisierung sieht man allenthalben ein Aufblühen der Bildungsarbeit. Unsere Berliner Zahlstelle ist hier mit gutem Beispiel vorangegangen. Nun hat sie allerdings das Glück, die Berliner Gewerkschaftsschule für ihre Bildungsarbeit benutzen zu können. Es stehen ihr ein guter organisatorischer Apparat und gute Lehrkräfte zur Seite. Für den Verbandstag wird es sich darum handeln, Wege zu suchen, die insbesondere den mittleren und kleineren Zahlstellen die Bildungsarbeit ermöglichen. Vielleicht ist es möglich, nach dem Vorbild zu verfahren, das uns der Fabrikarbeiterverband gegeben hat. Dieser veranfaßt für

